

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

"Reichsbürger" in Thüringen (Abfrage Januar 2020) - Teil II

Mit der Anfrage soll der derzeitige Sachstand zu sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern erfragt werden. Reichsbürger fallen insbesondere dadurch auf, dass sie der Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtliche Souveränität absprechen oder der Vorstellung anhängen, dass das Deutsche Reich (in den Grenzen vom Jahr 1937 beziehungsweise 1918) fortbestehe. In der Konsequenz werden deutsche Gesetze, Bescheide und Gerichtsurteile sowie das Grundgesetz abgelehnt. Nicht erst seit dem tödlichen Angriff eines sogenannten Reichsbürgers gegen einen Polizisten in Bayern im Jahr 2016 ist das von ihnen ausgehende Gefahrenpotential hinreichend bekannt.

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die **Kleine Anfrage 7/303** vom 13. Februar 2020 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Mai 2020 (Eingang: 26. Mai 2020) beantwortet:

1. Wie viele Straftaten wurden jeweils in den Jahren 2018 und 2019 in Thüringen registriert, die den Reichsbürgern zugerechnet werden, wie viele davon wurden der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zugeordnet und wie viele jeweils den einzelnen PMK-Phänomenbereichen?

Antwort:

In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Thüringen folgende Straftaten registriert, die mit Personen, die der Reichsbürgerbewegung zugerechnet werden, im Zusammenhang stehen:

	2018	2019
Fälle	67	72
davon Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	21	20
davon		
PMK -rechts-	4	3
PMK -nicht zuzuordnen-	17	17

2. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren 2018 und 2019 Ermittlungen wegen des Verdachts der Urkundenfälschung, des Veränderns von amtlichen Ausweisen oder des Kennzeichenmissbrauch gegen Personen geführt, die den Reichsbürgern zuzurechnen sind?

Antwort:

In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Thüringen folgende Straftaten im Sinne der Frage registriert:

	2018	2019
Fälle	8	3

3. In wie vielen Fällen wurden jeweils in den Jahren 2018 und 2019 Ermittlungen wegen Körperverletzungs- oder Tötungsdelikten geführt, die den Reichsbürgern zuzurechnen sind?

Antwort:

In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Thüringen folgende Straftaten im Sinne der Frage registriert:

	2018	2019
Fälle	4	3

Tötungsdelikte wurden nicht verzeichnet.

4. Wurden in den Jahren 2018 und 2019 tätliche Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte oder Behördenmitarbeiter durch Reichsbürger registriert, wenn ja in jeweils wie vielen Fällen?

Antwort:

In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Thüringen folgende Straftaten im Sinne der Frage registriert:

	2018	2019
Fälle	1	1

5. In wie vielen Fällen waren jeweils Landesbedienstete, Polizeivollzugsbeamte und Justizbeamte in Thüringen von unberechtigten Forderungen (zum Beispiel durch die sogenannte "Malta Masche") durch Reichsbürger noch in den Jahren 2018 und 2019 jeweils betroffen?

Antwort:

In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Thüringen folgende Fälle im Sinne der Frage registriert:

	2018	2019
Fälle	77	32

6. Wie ist die derzeitige personelle Ausstattung der "Zentralen Informationsstelle zum Umgang mit sogenannten Reichsbürgern beziehungsweise Selbstverwaltern" im Thüringer Landesverwaltungsamt, die im Jahr 2017 errichtet wurde und wie hoch war das Fall- beziehungsweise Anfragenaufkommen jeweils in den Jahren 2018 und 2019?

Antwort:

Die personelle Ausstattung der Zentralen Informationsstelle beträgt zurzeit 0,05 Vollbeschäftigteinheiten. In den Jahren 2018 und 2019 wurden in Thüringen folgende Anfragen an die Zentrale Informationsstelle gestellt:

	2018	2019
Anfragen	1	10

7. In wie vielen Fällen wurden seit Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Innenministeriums und der Thüringer Meldeverordnung am 8. Juni 2019 durch Pass- und Personalausweisbehörden sowie Meldebehörden weiterhin Rückgaben von gültigen amtlichen Dokumenten verzeichnet (bitte mit Angaben zur Dokumentenart und Ort der Behörde)?

Antwort:

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales und der Thüringer Meldeverordnung am 8. Juni 2019 wurden keine Rückgaben von gültigen amtlichen Dokumenten verzeichnet.

8. Liegt nach Kenntnissen der Landesregierung zwischen dem in der Anlage 1, laufende Nummer 3, zur Drucksache 6/6928 durch das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz genannte Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen eine "Gruppierung von Holocaustleugnern" ein Bezug zur Reichsbürger-Szene oder zur Ideologie der Reichsbürger-Szene vor und welche Angaben kann die Landesregierung zum Verfahrensausgang machen?

Antwort:

Ja; das Ermittlungsverfahren wurde am 2. April 2019 nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung eingestellt.

Maier
Minister